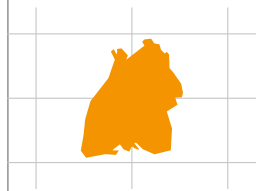


Endgültige Ergebnisse der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013



Monika Hin, Ellen Schneider

Am 22. September 2013 wurde der 18. Deutsche Bundestag gewählt. Die FDP scheiterte an der Fünfprozenthürde und ist zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik nicht im Bundestag vertreten. Die seit der Bundestagswahl 2009 bestehende Koalition aus CDU/CSU und FDP konnte somit nicht weitergeführt werden. Zudem verpasste die Partei Alternative für Deutschland (AfD) den Einzug in den Deutschen Bundestag nur knapp. Die Wahlbeteiligung stieg erstmals seit der Bundestagswahl 1998 wieder leicht an. Zugleich fiel der Frauenanteil unter den Bundestagsabgeordneten so hoch aus wie nie zuvor. Die endgültigen Ergebnisse der Bundestagswahl 2013 werden im folgenden Beitrag für Deutschland und Baden-Württemberg dargestellt. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf der Analyse regionaler Besonderheiten.

Bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013 erzielten die Unionsparteien CDU und CSU in Deutschland insgesamt 41,5 % der gültigen Zweitstimmen. Somit konnten sie ihren Zweitstimmenanteil gegenüber der letzten Bundestagswahl 2009 deutlich um 7,7 Prozentpunkte steigern (Schaubild 1). Die Sozialdemokraten konnten nach den erheblichen Verlusten bei der Bundestagswahl 2009 wieder leicht zulegen. Gegenüber 2009 gewannen sie 2,7 Prozentpunkte. Die erreichten 25,7 % der gültigen Zweitstimmen stellen dennoch den zweitniedrigsten Wert dar, den die SPD jemals bei Bundestagswahlen in Deutschland erlangte.

Nachdem die FDP 2009 ihr bislang bestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl verbuchen konnte, fuhr sie bei der Bundestagswahl 2013 ihr historisch niedrigstes Ergebnis ein und verpasste mit nahezu zweistelligen Zweitstimmenverlusten (-9,8 Prozentpunkte gegenüber 2009) sowie einem Zweitstimmenanteil von nur noch 4,8 % den Einzug in den 18. Deutschen Bundestag. DIE LINKE musste bundesweit ebenfalls Verluste hinnehmen und verschlechterte sich gegenüber 2009 um 3,3 Prozentpunkte auf 8,6 % der gültigen Zweitstimmen. Auch die GRÜNEN verbuchten einen Stimmenrückgang. Im Ver-

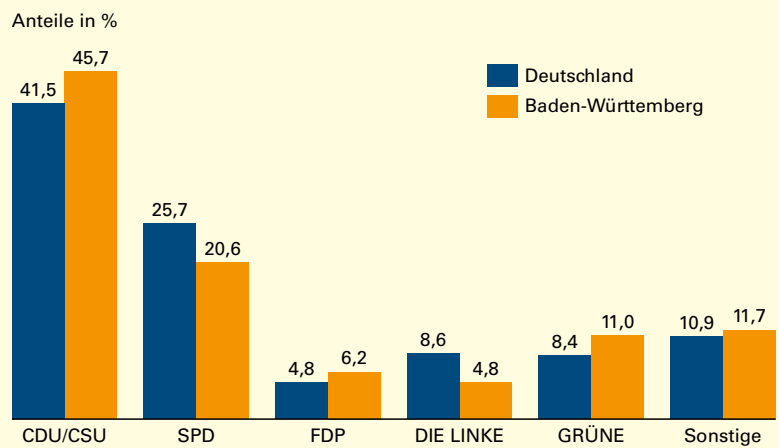
gleich zu 2009 verloren sie 2,3 Prozentpunkte und erzielten 8,4 % der gültigen Stimmen. Damit blieben sie auch bei der Bundestagswahl 2013 in der Wählergunst hinter der Partei DIE LINKE. Auf die sonstigen Parteien entfielen insgesamt 10,9 % der gültigen Zweitstimmen (2009: 6,0 %), wobei die erstmals angetretene AfD mit 4,7 % den Einzug in den Bundestag

Monika Hin M. A. ist Leiterin des Referats „Mikrozensus, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

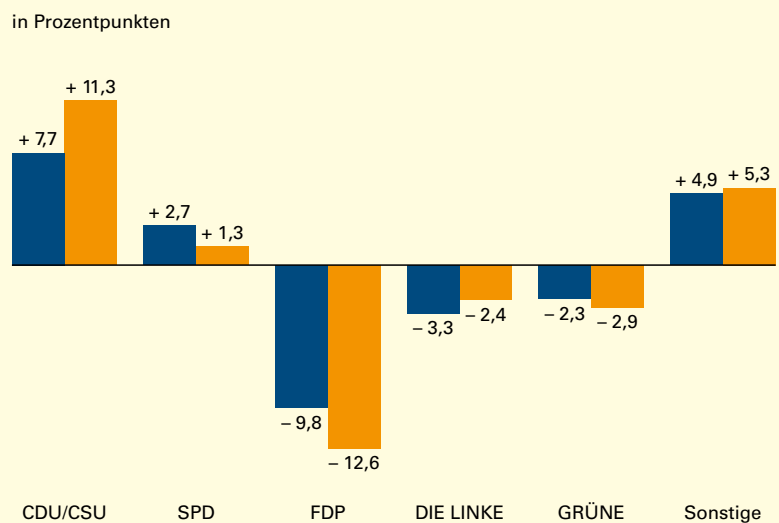
Dr. Ellen Schneider M. A. ist Referentin im gleichen Referat.

S1

Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2013 in Deutschland und in Baden-Württemberg*)



Veränderung der Zweitstimmenanteile 2013 gegenüber 2009



*) Endgültige Ergebnisse.

nur knapp verpasste. Auf die PIRATEN entfielen 2,2 % der Stimmen, was eine leichte Steigerung gegenüber den 2009 erzielten 2,0 % bedeutet.

2009 hatte die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen mit einem Wert von 70,8 % ein absolutes Rekordtief erreicht. Bei der Bundestagswahl 2013 beteiligten sich wieder etwas mehr Bürgerinnen und Bürger, die Beteiligungsquote erhöhte sich um 0,7 Prozentpunkte auf 71,5 %.

Nach dem endgültigen amtlichen Wahlergebnis setzt sich der 18. Deutsche Bundestag aus 631 Abgeordneten zusammen (Schaubild 2). Auf CDU und CSU entfallen insgesamt 311 Sitze, das sind 72 mehr als 2009. Die SPD erreicht 193 Mandate, das sind 47 mehr als noch 2009. DIE LINKE erreicht 64 Mandate (2009: 76). Die GRÜNEN entsenden 63 Abgeordnete, was einem Minus von fünf Mandaten gegenüber 2009 entspricht. Da die FDP bundesweit an der Fünfprozenthürde scheiterte, sitzen im 18. Deutschen Bundestag keine Abgeordneten der Liberalen (2009: 93). Für eine Mehrheit im 18. Deutschen Bundestag sind mindestens 316 Sitze notwendig. Rechnerisch mögliche Varianten der Regierungsbildung wären unter anderem eine „Große Koalition“ aus CDU/CSU und SPD (504 Sitze), eine Koalition aus Unionsparteien und GRÜNEN (374 Sitze), oder eine Koalition aus SPD, GRÜNEN und der Partei DIE LINKE (320 Sitze).¹

FDP auch in ihrem „Stammland“ mit deutlichen Verlusten

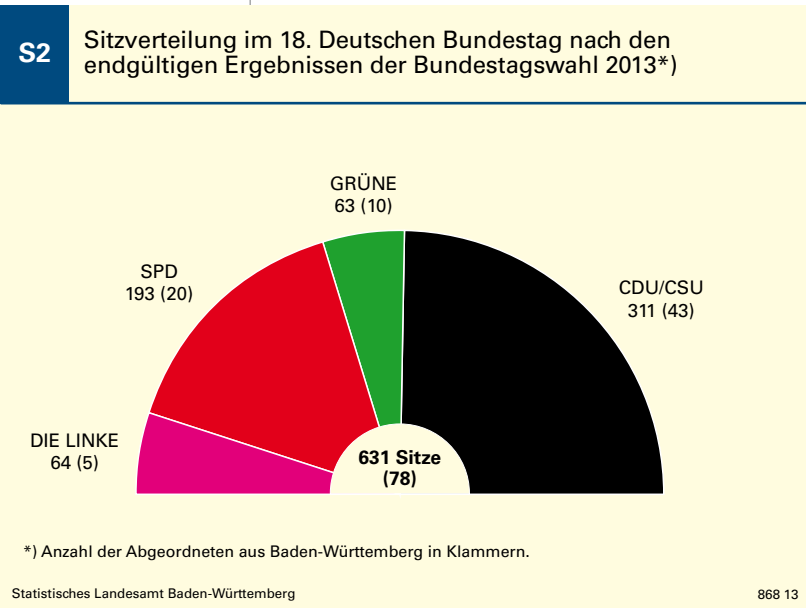
In Baden-Württemberg war die CDU 2013 – wie bei allen bisherigen Bundestagswahlen –

stärkste Kraft im Land. Gegenüber 2009, als die CDU mit 34,4 % der gültigen Zweitstimmen ihr bisher niedrigstes Ergebnis bei Bundestagswahlen in Baden-Württemberg hinnehmen musste, konnte sie sich um deutliche 11,3 Prozentpunkte auf nun 45,7 % der gültigen Zweitstimmen verbessern (Schaubild 1). Die Sozialdemokraten konnten bei der Bundestagswahl 2013 mit Gewinnen von 1,3 Prozentpunkten die Zwanzigprozentmarke wieder knapp überspringen und kamen auf 20,6 %. Dennoch lagen sie mit diesem Wert rund 25 Prozentpunkte hinter den Christdemokraten und erzielten den zweitniedrigsten Zweitstimmenanteil bei Bundestagswahlen in Baden-Württemberg. Die Liberalen mussten auch in ihrem „Stammland“ erhebliche Verluste hinnehmen und erreichten in Baden-Württemberg nur noch 6,2 % der gültigen Zweitstimmen. Damit verringerte die FDP ihren Zweitstimmenanteil gegenüber ihrem Rekordergebnis von 2009 um 12,6 Prozentpunkte. Die GRÜNEN verzeichneten bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag ebenfalls Stimmenverluste in Baden-Württemberg (-2,9 Prozentpunkte). Mit einem Zweitstimmenanteil von nun 11,0 % konnten die GRÜNEN dennoch die FDP auf Platz 3 in der Wählergunst der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger ablösen. Einen klaren Stimmenrückgang verbuchte auch DIE LINKE in Baden-Württemberg. Mit Verlusten von 2,4 Prozentpunkten gegenüber der Bundestagswahl 2009 kam sie noch auf einen Zweitstimmenanteil von 4,8 %.

Auf die sonstigen Parteien entfielen bei der Bundestagswahl 2013 insgesamt 11,7 %, dies sind 5,3 Prozentpunkte mehr als 2009. Von den nicht im Bundestag vertretenen Parteien verbuchen die AfD und die PIRATEN die höchsten Zweitstimmenanteile (nach der FDP). Die erstmals angetretene AfD konnte 5,2 % der gültigen Zweitstimmen erringen und übersprang damit zumindest in Baden-Württemberg auf Anhieb die Fünfprozenthürde. Auf die PIRATEN entfielen 2,3 % der gültigen Zweitstimmen (2009: 2,1 %). Die Zahl der wahlberechtigten Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger, die ihre Zweitstimme einer Partei gegeben haben, die keine Sitze im Bundestag erhalten hat, war damit so hoch wie noch bei keiner bisherigen Bundestagswahl (Tabelle 1). Von 100 Wahlberechtigten in Baden-Württemberg gaben lediglich 60 ihre Zweitstimme für eine Partei ab, die Sitze im Bundestag erhalten hat.

Der Blick auf die Wahlbeteiligung zeigt, dass es nicht nur im Bund, sondern auch in Baden-Württemberg zu einem leichten Wiederanstieg der Wahlbeteiligung kam. An der Bundestagswahl 2013 beteiligten sich 74,3 % der wahlbe-

¹ Bei Redaktionsschluss waren die Koalitionsverhandlungen noch nicht abgeschlossen.



T1

Stimmabgabe und Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen in Baden-Württemberg seit 1953*)

Wahljahr	Von 100 Wahlberechtigten haben ...								
	... ihre Zweitstimme einer Partei gegeben, die Sitze im Bundestag erhalten hat ¹⁾	darunter					... ihre Zweitstimme einer Partei gegeben, die keine Sitze im Bundestag erhalten hat ³⁾	... ihre Zweitstimme ungültig abgegeben	... nicht an der Wahl teilgenommen
		CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE ²⁾			
1953	75	41	18	10	x	x	4	3	18
1957	76	42	21	12	x	x	5	4	16
1961	76	36	26	13	x	x	5	4	15
1965	79	41	27	11	x	x	3	3	15
1969	79	42	30	6	x	x	4	2	15
1972	88	44	35	9	x	x	1	1	10
1976	87	47	32	8	x	x	1	1	11
1980	84	42	32	10	x	x	2	1	13
1983	87	46	27	8	6	x	0	1	12
1987	80	38	24	10	8	x	2	1	17
1990	67	36	22	9	x	0	9	1	23
1994	74	34	24	8	8	1	5	1	20
1998	76	31	29	7	8	1	6	1	17
2002	76	34	27	6	9	x	4	1	19
2005	74	30	23	9	8	3	3	1	21
2009	67	25	14	13	10	5	5	1	28
2013	60	34	15	x	8	4	13	1	26

*) Endgültige Ergebnisse. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich. – 1) Partei geht aufgrund ihres Zweitstimmenanteils (Fünfprozenthürde) bzw. drei oder mehr Wahlkreismandaten in die Sitzverteilungsberechnung ein. – 2) 1990: PDS/LL, 1994 bis 2002: PDS. – 3) Partei geht nicht in die Sitzverteilungsberechnung ein.

Zeichenerklärung: x = Partei ist nicht angetreten oder ist nicht in die Sitzverteilungsberechnung eingegangen.

rechtigten Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger, was einer Steigerung von 1,9 Prozentpunkten gegenüber der Bundestagswahl 2009 entspricht. Die Beteiligungsquote stieg dabei durchgängig in allen Bundestagswahlkreisen Baden-Württembergs. Zudem setzte sich der bestehende Trend eines nahezu kontinuierlich steigenden Briefwähleranteils auch bei der Bundestagswahl 2013 weiter fort. Noch nie zuvor haben sich in Baden-Württemberg so viele Wählerinnen und Wähler entschieden, nicht im Wahllokal, sondern per Briefwahl zu wählen. Gegenüber der Bundestagswahl 2009, als rund 1,05 Mill. bzw. 19 % der Wähler per Briefwahl wählten, nahm die Zahl der Briefwähler um rund 220 000 bzw. 3,3 Prozentpunkte zu (*Schaubild 3*).

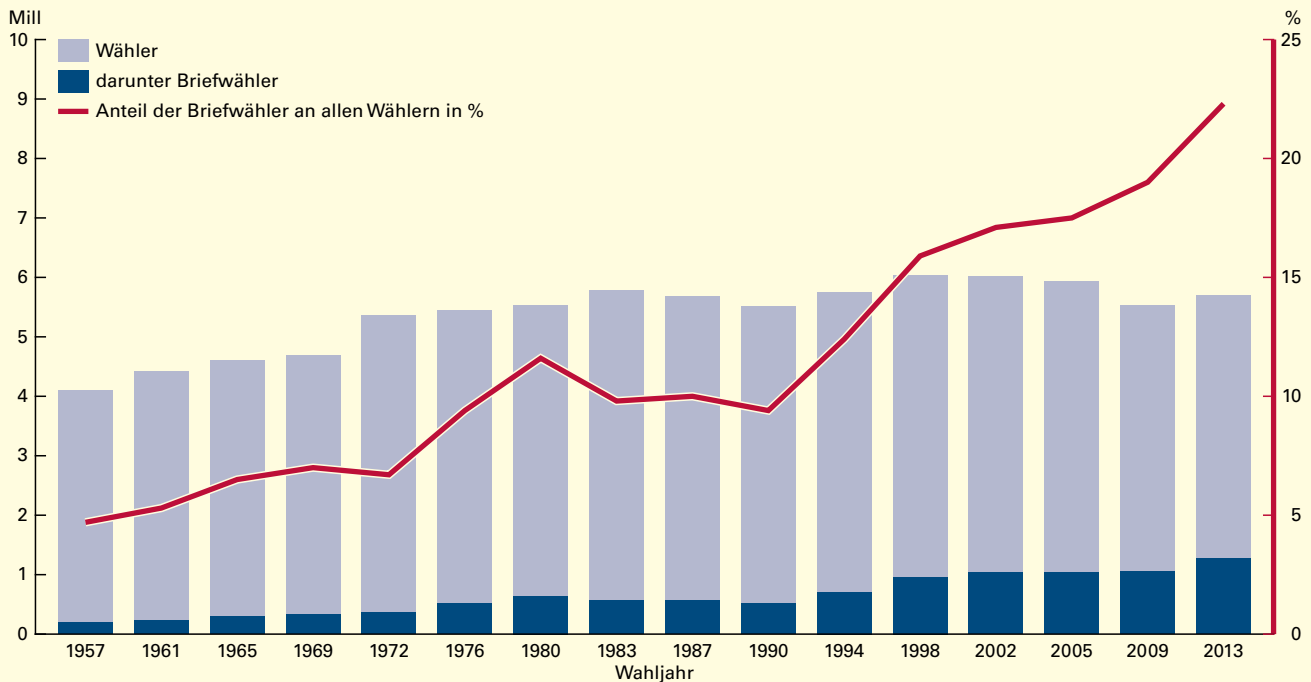
CDU gewinnt alle Direktmandate in Baden-Württemberg

Die CDU gewann bei der Bundestagswahl 2013 in allen 38 baden-württembergischen Bundestagswahlkreisen das Direktmandat. Bei der Bundestagswahl 2009 waren es noch 37 der 38 Direktmandate gewesen. Damit konnten die Christdemokraten auch das Direktmandat in Freiburg, das 2009 noch die SPD errungen hatte,

gewinnen. Die Sozialdemokraten erreichten bei den Erststimmen in 37 der 38 Bundestagswahlkreise Baden-Württembergs Rang 2 in der Wählergunst, die GRÜNEN erzielten in einem Wahlkreis – Stuttgart I – den zweithöchsten Erststimmenanteil. Bei der Bundestagswahl 2009 hatten die GRÜNEN noch in zwei und die FDP in einem Wahlkreis den zweiten Platz erreicht. Auffällig ist, dass die CDU nicht nur in allen baden-württembergischen Bundestagswahlkreisen die Erststimmenmehrheit erringen konnte, sondern dass die Direktmandate auch noch mit großem Vorsprung gewonnen werden konnten. Die Differenz an Erststimmen zwischen dem Gewinner des Direktmandats und dem zweitplatzierten Wahlkreisbewerber betrug lediglich im Wahlkreis Freiburg weniger als 10 000 Erststimmen. In sieben Wahlkreisen – Odenwald-Tauber, Böblingen, Rottweil-Tuttlingen, Zollernalb-Sigmaringen, Calw, Aalen-Heidenheim und Offenburg – betrug der Vorsprung des gewählten Wahlkreisbewerbers hingegen sogar mehr als 50 000 Stimmen.

Im 18. Deutschen Bundestag sind unter den insgesamt 631 Abgeordneten 78 Parlamentarier aus Baden-Württemberg (*Schaubild 2*). Davon gehören 43 der CDU (plus sechs Mandate gegenüber 2009) und 20 der SPD an (plus fünf

S3 Wähler und Briefwähler bei den Bundestagswahlen in Baden-Württemberg seit 1957*)



*) Endgültige Ergebnisse.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

869 13

Mandate). Die baden-württembergischen GRÜNEN stellen zehn Abgeordnete und DIE LINKE fünf (jeweils minus ein Mandat). Überhangmandate entstanden bei der Bundestagswahl 2013 in Baden-Württemberg nicht. Unter den 78 baden-württembergischen Mandaten sind allerdings zwei Ausgleichsmandate, jeweils eines entfiel auf SPD und DIE LINKE.

CDU mit deutlichen Zuwächsen in allen 38 Bundestagswahlkreisen, SPD mit Zweitstimmenrückgang in einem Wahlkreis

Traditionell ist die baden-württembergische CDU in eher ländlich geprägten Wahlkreisen am erfolgreichsten, so auch bei der Bundestagswahl 2013. Ihre höchsten Zweitstimmenanteile erzielten die Christdemokraten – ebenso wie bei früheren Bundestagswahlen – in den Wahlkreisen Biberach (56,3 % der gültigen Zweitstimmen), Zollernalb-Sigmaringen (52,8 %) und Odenwald-Tauber (51,9 %). In drei weiteren Wahlkreisen – Rottweil-Tuttlingen, Calw und Ravensburg – erreichte die CDU außerdem einen Zweitstimmenanteil von 50 % und mehr. Den vergleichsweise geringsten Rückhalt erhielt die CDU dagegen in den städtischen Wahlkreisen Mannheim (35,1 %), Freiburg (35,4 %), Heidelberg, Stuttgart I und Karlsruhe-Stadt (jeweils 37,5 %).

Die Christdemokraten konnten bei der Bundestagswahl 2013 in allen 38 Wahlkreisen Baden-Württembergs Zweitstimmengewinne erzielen, in 31 Wahlkreisen sogar um mehr als 10 Prozentpunkte gegenüber der letzten Bundestagswahl. Die höchsten Zuwächse waren dabei in den CDU-Hochburgen Zollernalb-Sigmaringen (+ 13,9 Prozentpunkte) sowie Calw, Biberach und Schwarzwald-Baar (jeweils + 13,1 Prozentpunkte) zu verzeichnen (*Schaubild 4*).

Die Gegenüberstellung der Wahlergebnisse mit Sozialstrukturmerkmalen (*Tabelle 2*) macht deutlich, dass in den CDU-Hochburgen, also den sieben baden-württembergischen Bundestagswahlkreisen mit den höchsten CDU-Zweitstimmenanteilen, der Anteil der Katholiken mit 49,6 % weit über dem landesweiten Durchschnitt von 37,1 % liegt, die Bevölkerungsdichte mit 150 Einwohnern pro km² dagegen deutlich unterdurchschnittlich ausfällt (Baden-Württemberg: 295 Einwohner pro km²). Auch die Erwerbslosenquote (2,9 %) und der Akademikeranteil (14,9 %) liegen in den Hochburgen der baden-württembergischen CDU unterhalb des jeweiligen Landesdurchschnittes (3,5 % bzw. 21,3 %).

Die baden-württembergische SPD war auch bei der Bundestagswahl 2013 im Wahlkreis Mannheim mit 27,5 % der Zweitstimmen wieder am

erfolgreichsten (*Schaubild 4*). Weitere Hochburgen der SPD waren die großstädtisch geprägten Bundestagswahlkreise Heidelberg (23,4 %) und Stuttgart II (22,9 %). Bei den Diasporagebieten der SPD handelt es sich um die klassischen CDU-Hochburgen Biberach (14,8 %), Zollernalb-Sigmaringen (17,1 %) und Ravensburg (17,3 %). Während die baden-württembergischen Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl 2013 in Lörrach-Müllheim einen Zweitstimmenverlust von – 0,2 Prozentpunkten hinnehmen mussten, konnten sie in allen anderen Wahlkreisen zumindest leichte Gewinne erzielen. Die höchsten Zuwächse gab es in Mannheim (+ 2,8 Prozentpunkte), Ulm (+ 2,3 Prozentpunkte), Karlsruhe-Stadt und Stuttgart I (jeweils + 2,1 Prozentpunkte).

Auch für die SPD ergibt sich ein Zusammenhang zwischen Sozialstruktur der Bundestagswahlkreise und Wahlerfolg (*Tabelle 2*). In den sieben Bundestagswahlkreisen, in denen die SPD ihre höchsten Zweitstimmenanteile erreichen konnte, sind die Bevölkerungsdichte (579 Einwohner pro km²), die Erwerbslosenquote (4,4 %), der Akademikeranteil (27,0 %) und der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe (69,1 %) im Vergleich zu den Landeswerten klar überdurchschnittlich. Dagegen fallen der Katholikenanteil (31,9 %) und der Anteil der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (30,0 %) deutlich unterdurchschnittlich aus.

Dramatische Einbußen für die FDP in allen Bundestagswahlkreisen, durchgängige Verluste auch für die GRÜNEN und DIE LINKE

Die Liberalen mussten auch in ihrem „Stamm-land“ Baden-Württemberg in allen Wahlkreisen Zweitstimmenverluste hinnehmen. Dabei fiel dieses Minus mit Verlusten zwischen 9,3 und 15,9 Prozentpunkten überaus deutlich aus. Am höchsten waren die Verluste der FDP in Zollernalb-Sigmaringen (– 15,9 Prozentpunkte), Rottweil-Tuttlingen (– 15,5 Prozentpunkte) und Schwarzwald-Baar (– 14,9 Prozentpunkte). Lediglich in Freiburg (– 9,3 Prozentpunkte) und Mannheim (– 9,5 Prozentpunkte) betrugen die Verluste weniger als 10 Prozentpunkte. Noch am besten abgeschnitten hat die FDP in den Wahlkreisen Stuttgart I (8,3 %), Waiblingen (7,8 %) und Konstanz (7,4 %). Die geringsten Zweitstimmenanteile waren in den Wahlkreisen Aalen-Heidenheim (4,5 %), Freiburg (4,8 %) und Biberach (4,9 %) zu beobachten (*Schaubild 4*).

Mit Blick auf die Sozialstruktur in den FDP-Hochburgen fällt auf, dass in den Wahlkreisen, in denen die Liberalen am erfolgreichsten

waren, die Bevölkerungsdichte (583 Einwohner pro km²), der Anteil der Protestanten (36,6 %), die Erwerbslosenquote (4,1 %), der Akademikeranteil (25,9 %), der Anteil Beschäftigter im Dienstleistungsgewerbe (66,8 %) und die Kaufkraft pro Einwohner (15 755 Euro) überdurchschnittlich hoch sind. Der Katholikenanteil (27,7 %) und der Anteil Beschäftigter im Produzierenden Gewerbe (32,2 %) fallen in den Hochburgen der FDP dagegen unterdurchschnittlich aus (*Tabelle 2*).

Auch bei der Bundestagswahl 2013 zeigte sich wieder der starke Rückhalt, den die GRÜNEN an den Hochschulstandorten des Landes haben (*Schaubild 4*). Ihr bestes Wahlergebnis erzielten die GRÜNEN mit 19,8 % wiederum im Wahlkreis Freiburg, gefolgt von Stuttgart I (17,5 %) und Karlsruhe-Stadt (15,0 %). Zu den Diasporagebieten der GRÜNEN zählen dagegen unter anderem die Wahlkreise Odenwald-Tauber (7,2 %), Rottweil-Tuttlingen (7,4 %) und Calw (7,6 %). Gegenüber der letzten Bundestagswahl 2009 mussten die GRÜNEN in allen 38 Wahlkreisen Stimmenverluste hinnehmen. Am höchsten waren der Stimmenrückgang in den Wahlkreisen Stuttgart I (– 4,5 Prozentpunkte), Tübingen (– 4,2 Prozentpunkte) sowie Stuttgart II und Ulm (jeweils – 4,1 Prozentpunkte).

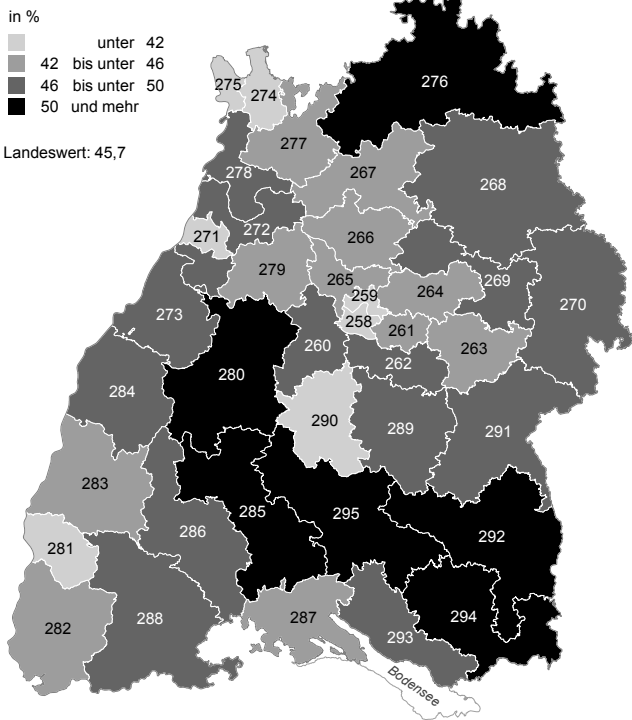
Die Analyse der Sozialstruktur in den Hochburgen zeigt, dass die GRÜNEN ihre besten Ergebnisse in Wahlkreisen mit überdurchschnittlichen Werten bei der Bevölkerungsdichte (667 Einwohner pro km²), der Erwerbslosenquote (4,4 %), dem Akademikeranteil (33,2 %) und den Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe (74,4 %) sowie unterdurchschnittlichen Werten beim Katholikenanteil (31,8 %), dem Anteil Beschäftigter im Produzierenden Gewerbe (24,6 %) und der Kaufkraft pro Einwohner (14 687 Euro) einfuhren (*Tabelle 2*).

An den Universitätsstandorten und in den Großstädten des Landes sind nicht nur die GRÜNEN, sondern ist auch DIE LINKE besonders erfolgreich. Ihren höchsten Zweitstimmenanteil verbuchte DIE LINKE in den Bundestagswahlkreisen Freiburg (7,9 %), Mannheim (7,5 %) und Stuttgart II (6,7 %). Ihre Diasporagebiete befinden sich in den Wahlkreisen Biberach (3,4 %), Rottweil-Tuttlingen (4,0 %), Karlsruhe-Land, Zollernalb-Sigmaringen, Nürtingen, Schwarzwald-Baar, Rastatt und Neckar-Zaber (jeweils 4,1 %). DIE LINKE verlor in allen 38 Bundestagswahlkreisen Zweitstimmen. Am höchsten war die Abnahme dabei in Mannheim mit einem Minus von 3,8 Prozentpunkten sowie in den Bundestagswahlkreisen Bruchsal-

S4

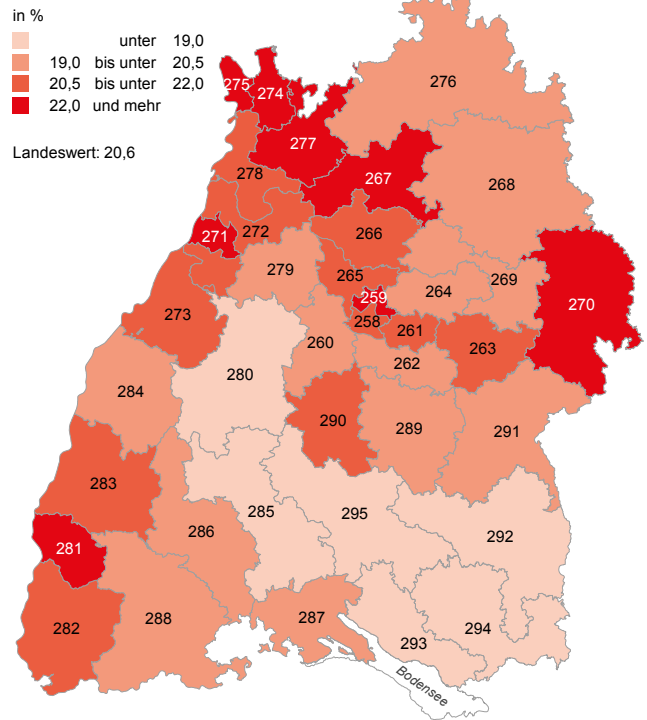
Zweitstimmenanteile der Parteien und Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen Baden-Württembergs bei der Bundestagswahl 2013

CDU



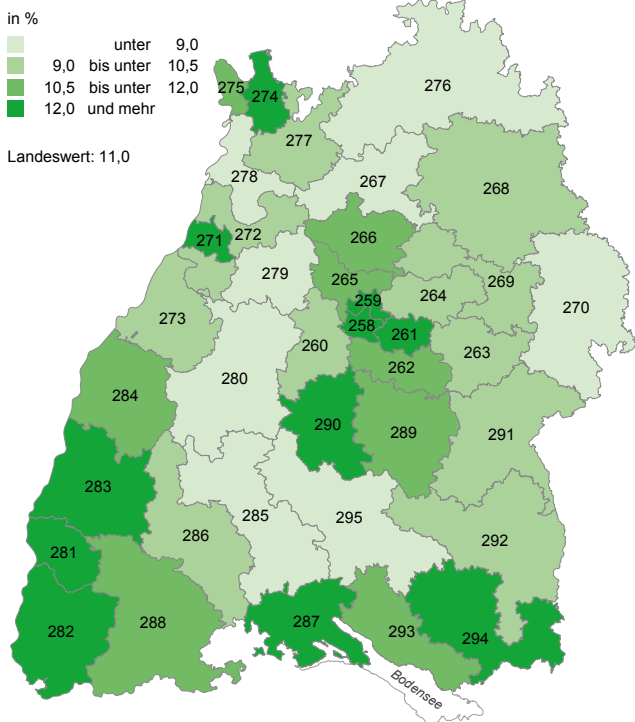
24-24-13-06M

SPD



24-24-13-07M

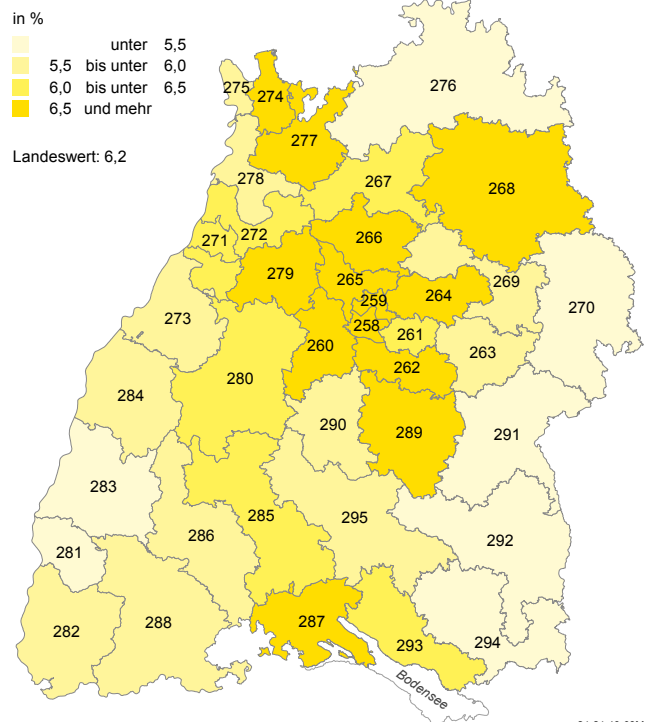
GRÜNE



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

24-24-13-09M

FDP

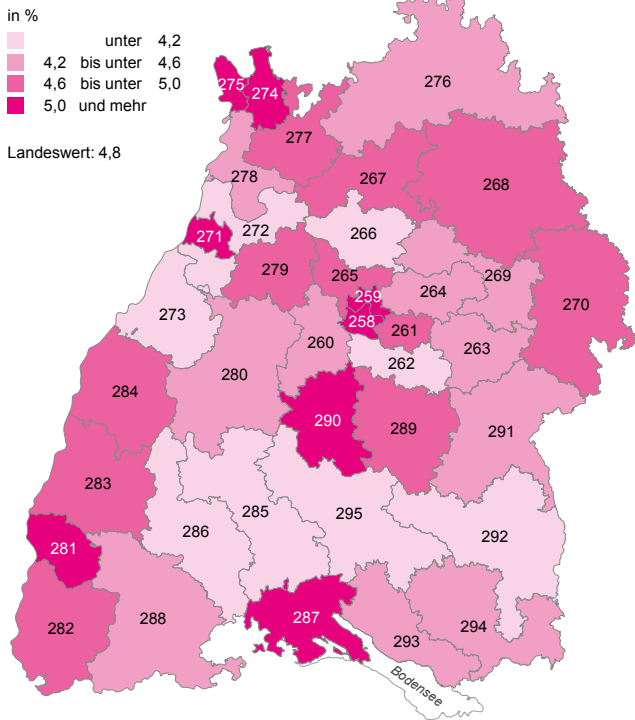


24-24-13-08M
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karten erstellt mit RegioGraph

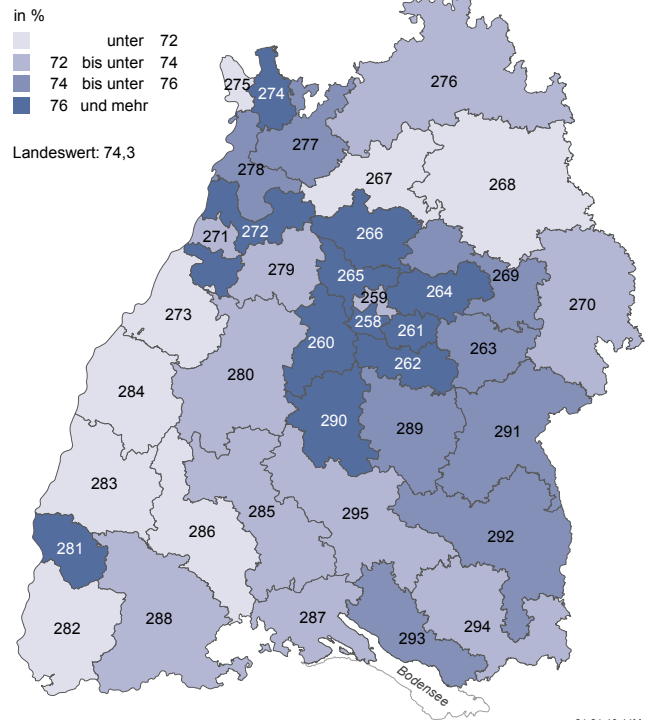
S4

Noch: Zweitstimmenanteile der Parteien und Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen Baden-Württembergs bei der Bundestagswahl 2013

DIE LINKE



Wahlbeteiligung



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

24-24-13-10M

24-24-13-11M
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karten erstellt mit RegioGraph

Wahlkreis-Nr.	Wahlkreisname	Wahlkreis-Nr.	Wahlkreisname
258	Stuttgart I	268	Schwäbisch Hall-Hohenlohe
259	Stuttgart II	269	Backnang-Schwäbisch Gmünd
260	Böblingen	270	Aalen-Heidenheim
261	Esslingen	271	Karlsruhe-Stadt
262	Nürtingen	272	Karlsruhe-Land
263	Göppingen	273	Rastatt
264	Waiblingen	274	Heidelberg
265	Ludwigsburg	275	Mannheim
266	Neckar-Zaber	276	Odenwald-Tauber
267	Heilbronn	277	Rhein-Neckar
		278	Bruchsal-Schwetzingen
		279	Pforzheim
		280	Calw
		281	Freiburg
		282	Lörrach-Müllheim
		283	Emmendingen-Lahr
		284	Offenburg
		285	Rottweil-Tuttlingen
		286	Schwarzwald-Baar
		287	Konstanz
		288	Waldshut
		289	Reutlingen
		290	Tübingen
		291	Ulm
		292	Biberach
		293	Bodensee
		294	Ravensburg
		295	Zollernalb-Sigmaringen

Schwetzingen und Aalen-Heidenheim, wo die Stimmenverluste jeweils bei 3,3 Prozentpunkten lagen (*Schaubild 4*). In den sieben Wahlkreisen, in denen DIE LINKE am erfolgreichsten abschnitt, liegt eine sehr ähnliche Sozialstruktur wie in den Hochburgen der GRÜNEN vor (*Tabelle 2*).

Je kleiner die Gemeinde, desto erfolgreicher ist die CDU und desto erfolgloser sind SPD, GRÜNE und DIE LINKE

Die Analyse der Bundestagswahlergebnisse 2013 nach Gemeindegrößenklassen zeigt

deutliche Unterschiede je nach Größe der Gemeinden (*Tabelle 3*). Traditionell erreicht die CDU ihre besten Ergebnisse in kleineren Gemeinden, so auch bei der Bundestagswahl 2013. Ihre höchsten Zweitstimmenanteile erzielten die Christdemokraten mit 49,9 % in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern, wo sie das Landesergebnis von 45,7 % immerhin um 4,2 Prozentpunkte übertrafen. Mit zunehmender Gemeindegröße nimmt der Zweitstimmenanteil der CDU dann kontinuierlich ab. In Gemeinden mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern verbuchte die CDU leicht überdurchschnittliche 46,3 % der gültigen Zweitstimmen. Dagegen erreichte sie in Gemeinden mit 50 000

T2

Sozialstruktur in den baden-württembergischen Hochburgen der Parteien und der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*)

(Struktur-)Merkmal	Einheit	Hochburgen ¹⁾						Wahlbeteiligung	Baden-Württemberg
		CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE			
Zweitstimmenanteile	%	51,8	23,2	7,4	15,5	6,6	78,0	x	
Bevölkerungsdichte ²⁾	Einwohner pro km ²	150	579	583	667	985	775	295	
Katholikenanteil ³⁾	%	49,6	31,9	27,7	31,8	31,5	25,8	37,1	
Protestantenanteil ³⁾	%	29,1	33,0	36,6	32,1	31,0	37,5	33,6	
Erwerbslosenquote ³⁾	%	2,9	4,4	4,1	4,4	4,7	3,9	3,5	
Akademikeranteil ³⁾	%	14,9	27,0	25,9	33,2	34,0	28,5	21,3	
Anteil der Beschäftigten ³⁾ im									
Produzierenden Gewerbe	%	42,7	30,0	32,2	24,6	23,8	31,1	35,5	
Dienstleistungsgewerbe	%	55,0	69,1	66,8	74,4	75,4	67,8	62,9	
Kaufkraft ⁴⁾	EUR pro Einwohner	15 557	15 293	15 755	14 687	14 422	16 059	15 370	

*) Endgültige Ergebnisse. – 1) Hochburgen einer Partei oder der Wahlbeteiligung sind die sieben Bundestagswahlkreise in Baden-Württemberg, in denen die jeweilige Partei bei der Bundestagswahl 2013 die höchsten Zweitstimmenanteile erzielt hat oder in denen die höchste Wahlbeteiligung erreicht wurde. Die Sozialstrukturmerkmale liegen nicht unterhalb der Gemeindeebene vor, sodass sie für die Bundestagswahlkreise Stuttgart I und II nur gemeinsam berechnet werden können. – 2) Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung (Stand: 31. März 2012) auf Basis des Zensus 2011. – 3) Ergebnisse des Zensus 2011 (Stand: 9. Mai 2011). – 4) Ungebundene Kaufkraft 2009.

bis 100 000 Einwohnern (42,3 %) bzw. 100 000 und mehr Einwohnern (37,4 %) unterdurchschnittliche Zweitstimmenanteile.

Ein umgekehrter Trend ist bei den drei anderen im neuen Bundestag vertretenen Parteien zu beobachten. Die größte Unterstützung fanden SPD, GRÜNE und die Partei DIE LINKE in den großen Städten, während sie in den kleinen Gemeinden nur unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielen konnten. So verbuchten die Sozialdemokraten mit durchschnittlich 23,1 % Zweitstimmenanteil in den Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern ihre besten Resultate,

während sie in den kleinen Gemeinden mit bis zu 10 000 Einwohnern im Durchschnitt lediglich 18,7 % der Wählerstimmen erreichten und damit unter ihrem Gesamtergebnis im Land (20,6 %) blieben. Ihre besten Resultate erlangten die GRÜNEN und DIE LINKE mit 14,9 % bzw. 6,7 % in den Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern. Unter dem jeweiligen Landesdurchschnitt lagen dagegen die Wahlergebnisse in den Gemeinden bis 50 000 Einwohnern.

Für die FDP und die sonstigen Parteien besteht kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Wahlergebnis und Gemeindegröße. Die Ergeb-

T3

Ergebnisse der Bundestagswahlen 2013 und 2009 in Baden-Württemberg nach Gemeindegrößenklassen*)

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohner ¹⁾	Wahlbeteiligung		Zweitstimmenanteile											
			CDU		SPD		FDP		GRÜNE		DIE LINKE		Sonstige	
	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009
	%													
unter 10 000	76,0	74,1	49,9	37,3	18,7	17,7	6,0	19,6	9,5	12,1	4,0	6,4	12,0	6,9
10 000 – 50 000	73,4	71,7	46,3	34,9	20,8	19,7	6,2	19,1	10,3	13,1	4,6	7,0	11,7	6,2
50 000 – 100 000	73,3	71,5	42,3	32,0	22,1	20,4	6,1	17,7	12,9	16,3	5,6	7,7	10,9	5,9
100 000 und mehr	73,4	71,5	37,4	28,9	23,1	21,1	6,4	17,0	14,9	18,3	6,7	8,7	11,5	6,0
Baden-Württemberg	74,3	72,4	45,7	34,4	20,6	19,3	6,2	18,8	11,0	13,9	4,8	7,2	11,7	6,4

*) Endgültige Ergebnisse. – 1) Stand der Bevölkerung zum 31. März 2012 auf Basis des Zensus 2011.

T4 Gewählte Wahlkreis- und Landeslistenbewerber bei der Bundestagswahl 2013*)

Land	Gewählte Wahlkreisbewerber		Gewählte Landeslistenbewerber				Gewählte insgesamt		
	insgesamt	darunter Frauen	insgesamt	darunter Frauen	insgesamt	darunter Frauen			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
CDU/CSU									
Baden-Württemberg	38	3	7,9	5	3	60,0	43	6	14,0
Deutschland	236	45	19,1	75	32	42,7	311	77	24,8
SPD									
Baden-Württemberg	–	–	–	20	10	50,0	20	10	50,0
Deutschland	58	15	25,9	135	66	48,9	193	81	42,0
DIE LINKE									
Baden-Württemberg	–	–	–	5	3	60,0	5	3	60,0
Deutschland	4	2	50,0	60	34	56,7	64	36	56,3
GRÜNE									
Baden-Württemberg	–	–	–	10	5	50,0	10	5	50,0
Deutschland	1	–	–	62	35	56,5	63	35	55,6
Insgesamt									
Baden-Württemberg	38	3	7,9	40	21	52,5	78	24	30,8
Deutschland	299	62	20,7	332	167	50,3	631	229	36,3

*) Endgültige Ergebnisse.

nisse der Liberalen bewegten sich in einem Korridor zwischen 6,0 % in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern und 6,4 % in Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern. Ähnlich wie die FDP schnitten die sonstigen Parteien in den Gemeinden bis 10 000 Einwohner am stärksten (12,0 %) und in den Gemeinden zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern mit 10,9 % am vergleichsweise niedrigsten ab.

Mit Blick auf die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 kann festgehalten werden, dass sie mit zunehmender Gemeindegröße tendenziell sinkt. So lag die Teilnahmequote in den kleineren Gemeinden unter 10 000 Einwohnern durchschnittlich bei 76,0 % und somit 1,7 Prozentpunkte über dem Landesergebnis von 74,3 %. Am geringsten fiel die Wahlbeteiligung mit 73,3 % in den Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern aus.

Frauenanteil im neu gewählten Bundestag so hoch wie nie zuvor

Frauen werden auch im neu gewählten 18. Deutschen Bundestag immer noch unterrepräsentiert sein, denn nur 229 Frauen ziehen in den Bundestag ein, was einem Anteil von 36,3 % entspricht. Allerdings ist der Frauenanteil im

Deutschen Bundestag damit so hoch wie nie zuvor. Gegenüber der Bundestagswahl 2009 ist er um immerhin 3,5 Prozentpunkte gestiegen, damals waren 204 von 622 gewählten Abgeordneten weiblich (32,8 %). Baden-Württemberg kann insgesamt 78 Abgeordnete nach Berlin entsenden, darunter sind 24 Frauen (30,8 %). Dies ist zwar der höchste Frauenanteil bei den Gewählten, der in Baden-Württemberg bei Bundestagswahlen je erreicht wurde. Dennoch liegt der Wert – wie bereits bei den letzten vier Bundestagswahlen – deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (Tabelle 4).

Vergleicht man den Frauenanteil an den Bewerbern mit dem an den Gewählten, so muss für die Kandidatinnen ein gemischtes Fazit gezogen werden: Während der Frauenanteil an den Bewerbern um ein Direktmandat deutschlandweit bei 22,4 % lag, sind unter den gewählten Wahlkreisbewerbern nur 20,7 % Frauen. Frauen sind damit nicht nur seltener unter den Kandidaten um ein Direktmandat zu finden, sie werden auch weniger oft gewählt als ihre männlichen Mitstreiter. In Baden-Württemberg sieht die Bilanz für die Wahlkreiskandidatinnen noch schlechter aus. Nur 18,2 % der Wahlkreisbewerber waren Frauen. Ihr Anteil an den gewonnenen Direktmandaten liegt sogar nur bei 7,9 % (drei der 38 Wahlkreismandate).

Auf den Landeslisten hingegen waren bundesweit insgesamt knapp 30 % der Bewerber weiblich, während bei den Gewählten gut 50 % Frauen zu verzeichnen sind. Dies bedeutet, dass Frauen auf den Landeslisten erfolgreicher waren als Männer. Auch auf die baden-württembergischen Landeslisten traf dies zu. Während der Frauenanteil an den Bewerbern bei 28,9 % lag, beträgt die Quote bei den Gewählten 52,5 %.

Betrachtet man die Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestags nach Parteien, dann zeigt sich, dass die Partei DIE LINKE den höchsten Frauenanteil aufweist. Mit einem Frauenanteil von rund 56 % ist deutlich mehr als jeder zweite Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE eine Frau (36 von 64 Abgeordneten). In Baden-Württemberg entfallen sogar drei der fünf Mandate der DIE LINKE auf Frauen. Mit knapp 56 % ist auch bei den GRÜNEN mehr als jeder zweite Bundestagsabgeordnete weiblich (35

von 63 Abgeordneten), in Baden-Württemberg liegt der Frauenanteil bei genau der Hälfte (fünf von zehn Abgeordneten). Bei den Sozialdemokraten gingen 42,0 % der Mandate an Frauen (81 von 193 Mandaten), in Baden-Württemberg sogar genau die Hälfte (zehn der 20 SPD-Mandate). Den geringsten Frauenanteil im Bundestag weist die Union auf. Lediglich 77 der 311 Sitze (rund 25 %) werden von Frauen besetzt. Unter den 43 christdemokratischen Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg sind nur sechs Frauen (14,0 %). ■

Weitere Auskünfte erteilen
Monika Hin, Telefon 0711/641-26 04,
Monika.Hin@stala.bwl.de
Dr. Ellen Schneider, Telefon 0711/641-21 09,
Ellen.Schneider@stala.bwl.de

kurz notiert ...

Report „Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften und Familien“

Erstmals hat das Statistische Landesamt im Auftrag des Sozialministeriums einen Report aus der Reihe „Familien in Baden-Württemberg“ zum Thema „Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften und Familien“ erstellt. Danach lebten im Jahr 2012 in Deutschland rund 73 000 Paare in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften, in Baden-Württemberg sind es rund 6 200. Unter den gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften sind die von Männern mit rund 42 000 oder knapp drei Fünfteln eindeutig in der Mehrzahl gegenüber den weiblichen Paaren mit 31 000. Im Vergleich zu anderen Lebensformen hat die gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft der Zahl nach nur einen sehr kleinen Anteil: So gibt es derzeit in Baden-Württemberg über 2,4 Mill. Ehen zwischen Mann und Frau sowie 2,2 Mill. Alleinstehende, 330 000 Alleinerziehende und 288 000 verschiedengeschlechtliche nicht eheliche Paare.

1996 wurde die Anzahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften erstmals in der Amtlichen Statistik in Deutschland erhoben. Rund 38 000 Paare gaben im Mikrozensus, der jährlichen „kleinen Volkszählung“ an, eine gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft zu führen. Bis zum Jahr 2012 hat sich die Zahl nahezu kontinuierlich auf rund 73 000 in Deutschland und 6 200 in Baden-Württemberg erhöht.

Zahlreiche Angaben zu gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften sowie deren Lebensumstände können aufgrund der kleinen Fallzahlen nicht auf Ebene der Bundesländer ausgewertet werden. Für Deutschland liegen folgende weitere Ergebnisse vor: 2012 hatten rund 9 %, das sind rund 6 000 Paare, Kinder. Bei diesen Paaren lebten insgesamt rund 9 000 Kinder. Der überwiegende Teil der Kinder, das sind fast 8 000, lebte dabei in Lebensgemeinschaften mit zwei Frauen.

2011 hatten 46 % der Personen, die in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften leben, Abitur oder Fachhochschulreife als höchsten schulischen Abschluss. Im Durchschnitt aller Lebensformen haben nur 28 % diese Ausbildung erworben. 81 % der Personen, die in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften leben, sind erwerbstätig. Oder: In 71 % der Lebensgemeinschaften arbeiten beide Partnerinnen oder Partner. Damit liegt auch die Erwerbstätigkeit deutlich über dem Durchschnitt aller Lebensformen in Deutschland (49 %).

Mit dem Gesetz über eingetragene Lebenspartnerschaften wurde 2001 erstmals Menschen gleichen Geschlechts die Möglichkeit gegeben, eine Lebenspartnerschaft im rechtlichen Sinne zu gründen. Derzeit leben 32 000 gleichgeschlechtliche Paare bundesweit in einer solchen eingetragenen Lebenspartnerschaft. ■